

Zeitung für die gesamte Provinz Sachsen  
und den Kreis Döbeln.  
Herausgegeben von der Stadtverwaltung  
und dem Stadtrat der Stadt Döbeln.  
Redakteur: Dr. Carl Schmid.  
Druckerei: Dr. Carl Schmid.  
Abonnement: 120 Thaler.  
Ausgabe: 100 Thaler.  
Auflage: 35000 Exemplare.

Zeitung für die gesamte Provinz Sachsen  
und den Kreis Döbeln.  
Herausgegeben von der Stadtverwaltung  
und dem Stadtrat der Stadt Döbeln.  
Redakteur: Dr. Carl Schmid.  
Druckerei: Dr. Carl Schmid.  
Abonnement: 120 Thaler.  
Ausgabe: 100 Thaler.  
Auflage: 35000 Exemplare.

# Dresdner Nachrichten

## Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsvorkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Eintritt wird auf Sonntags 10 Uhr ab 8 Uhr angenommen,  
Montag bis Mittwoch 12 Uhr. Die  
Bürozeit ist von 8 bis 12 Uhr. Der  
Bürotag ist Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag.  
Der Samstag ist ein Feiertag. Eintritt  
ist von 8 bis 12 Uhr. Gegenwart  
der Seite 30 Uhr.

Eintritt wird auf Sonntags 10 Uhr ab 8 Uhr angenommen,  
Montag bis Mittwoch 12 Uhr. Die  
Bürozeit ist von 8 bis 12 Uhr. Der  
Bürotag ist Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag.  
Der Samstag ist ein Feiertag. Eintritt  
ist von 8 bis 12 Uhr. Gegenwart  
der Seite 30 Uhr.

Koppel & Co.,  
Bankgeschäft,

Schloss-Strasse 19,  
Ecke der Spiegelgasse.

### Nach-Telegramme.

Rom, 4. Mai. Ein Supplementblatt der Abendzeitung berichtet die Wahlkollegien ein. Der behutsame Vertrag führt aus, daß mehrere dringende Gesetzesvorschläge der Kammerverhandlungen standen, daß die Opposition jedoch die Arbeiten in Stillstand brachte, indem sie dem Ministerium ein Vertrauensvotum entzog, nachdem sie einige Tage vorher das Vertrauen des Kabinetts gebilligt. Das Ministerium wehrt den Vorwurf zurück, daß es die Einführung des Reichstags in den Parlamentarierarbeiten verhinderte. Das Ministerium will nur erklären, ob die Wähler

genugend die einmütige Majorität entziehen werden, um die Stellung des Ministeriums zu stärken. Die Wahlreform, sowie die Reform des Kommunal- und Kreiswahlgesetzes waren der Sanction der Legislative. Bald wird ein amtliches Forum erfolgen, das durch seine offizielle Bekanntmachung getroffen werden soll. Die Wähler mögen das Rechte haben, damit das Programm von 1876 zur Ausführung gelange. Die Debatten über die innere und äußere Politik, sowie über die Militärgesetzgebung erwiesen eindrucksvoll, daß die Nationalvertretung notwendig ist, welche der Regierung wichtig ist, welche der Autorität verleiht.

Nr. 126. 25. Jahrg. 1880.

Witterungsansichten: Vorwiegend wolkig bis bedeckt, Temperatur dieselbe.

### Politisches.

In der Schluswoche des Reichstages drängen sich die wichtigsten Schlußfolgerungen zusammen. Es fällt der Tagessprecher schwer unmöglich, alle diese bedeutsamen Dinge auch nur mit den Arbeitskarten flüchtiger Bemerkungen auszustatten. Im Hintergrund aller Interessen steht die Frage der Unvergleichlichkeit der deutschen Reichsverfassung. Hamburg hat seinen Protest gegen Preußens Antrag in formellose Weise beim Bundesrat eingereicht. Der Senat der Hansestadt stellt diesen Antrag für unvereinbar mit § 34 der Reichsverfassung. Hamburg ruft den Schutz der Bundesregierungen für sein gutes durch die Verfassung verhüttetes Recht an. Es bittet schließlich zunächst die Entscheidung über diesen Protest vorzunehmen, ehe der Bundesrat auf den Inhalt des preußischen Antrages eingesetzt. Auf Preußens Vorschlag vertrat der Bundesrat die Beihilfeaussetzung über diesen hamburgischen Protest auf einige Tage. Beide schafft das Reich beauftragt der Streitigkeiten zwischen einzelnen Bundesregierungen eine gerichtliche Jurisdiktion, so hätte Hamburg diese um den Schutz seines Rechtes anstreben müssen. Als beim konstituierenden Reichstag die bundesstaatlichen Abgeordneten aus Sachsen die Einführung eines solchen obersten Reichsgerichtes, ein sogenanntes Auswärtiges Gericht, verlangten, lamen sie freilich sehr übel an. Vergleiche wie sie auf die Notwendigkeit eines Rechtschutzes des Schwächeren gegen die Verfolgung durch den Starlen hin. Das sei nicht nötig, wurde entgegnet; wenn Kleinstaaten unter einander uneinig würden, müßten sie nur den Schiedsspruch Preußens anrufen, das werde ihn unparteiisch fallen und erzeige ein Reichsgericht. Wie nun aber, lautete der schwächeren Einwand, wenn ein Kleinstaat mit Preußen in Discrepanz gerät und sein gutes Recht sieht? Ah, bah! so fertigte man diesen Einwand barsch ab: Erstens wird Preußen nie das Recht eines Schwächeren auch nur um eines Haars Breite schmälern (wann hätte es ja dies gehabt?) und wenn ja einmal ein Kleinstaat etwas Anderes will, wie Preußen, so liegt ja klar am Tage, daß das Unrecht nur auf Seiten des partikularistischen Kleinstaates ist! Unter solchen Gründen, aus denen man noch einen Abschluß des Donners von Königgrätz heraushörte, fiel der Vorschlag eines Reichsgerichtes. Das jetzige Leipziger Gericht hat einen ganz anderen Wirkungskreis als den Schiedsspruch über Verfassungsauslegungen. So wird der Bundesrat in eigener Sache zu entscheiden haben. Von diesem Schiedsspruch hängt überhaupt das Bestehen des Reiches als Bundesstaat ab. Das bedarf nach dem geistigen Geiste eines Wortes mehr. Mittlerweile wird mit ahnungsloser Eile die Ausführung der Zollvereinigung St. Pauli betrieben. Die neuen Zwangsmaßnahmen, um den Widerstand der Hamburger Handelsleute zu machen, besteht in der von Berlin aus telegraphisch angeordneten sofortigen Säffirung aller Erleichterungen für die Zollabfertigung des vom Hamburger Börsenamt nach dem Zollverein einzuführenden Viehs. Ferner wurde die Zollvereinigungslage seitens der Reichszollbehörde auf 6 Monate gefestigt. Zu diesen Maßregeln ist nur der Bundesrat, nicht der Reichsanzler allein, berechtigt; wenn der Bundesrat gar nicht gefragt worden ist, muß er mindestens noch nachträglich diese Beschlussmittel gebrauchen. Was hat nur Hamburg eigentlich verbrochen, daß man es auf einmal so unfreundlich behandelt? Niemand mag die Antwort geben.

Der Reichsanzler selbst befindet sich, der „Nord. Allg. Zeit.“ zufolge, außerst gesund. Je näher das Reichstagende, desto mehr befreit sich seine Gesundheit. Das ist gewiß nur erfreulich zu hören. Auch ist es dazu bestimmt, die Wiederholung zu widerlegen, daß er sich anlässlich mehrerer Misserfolge im Reichstage in einer ungemein starken neurosen Ausregung befindet. Die gute Laune des Kanzlers soll beweisen, daß er sich die jüngsten Schläppen nicht zu Herzen nimmt. Der Reichstag selbst muß jedoch darauf verzichten, auch den immer gesünbernden Kanzler in seinen Räumen zu sehen. An einem Rücktritt denkt Fürst Bismarck natürlich nicht. Diese Versicherung kommt sich die „Norddeutsche“ erneut. Hingegen ist es erwünscht, dieses Blatt sich gegen die jegliche Theaterfreiheit erklären zu sehen. Im Reichstag haben freilich die Bundesregierungen in vollständigem Schweigen über diese Angelegenheit verharrt. Daß der Reichstag selbst sich dafür aussprach, die Theaterfrage ins Auge zu fassen, dafür kann ihm das Publikum, die Kunst, wie die Künstler selbst nur dankbar sein. Man hat unendlich viel über den Rückgang des deutschen Theaters gesprochen und, ohne die wirklichen Dinge beim Theater zu lehren, sich hinter allgemeinen Nebensachen verschont. Das Theater will eben eigenartig behandelt sein und läßt sich gesetzgeberisch nicht mit der Anlage einer Chancenfabrik, dem Betrieb einer Schnellverfassung oder eines Vierauschanks in denselben Tropf stecken. Wenige Abgeordnete kennen die Gestaltung, die das eigentliche Theatergeschäft angenommen hat. Man weiß nicht, wie viele Hunderte von den 8000 Schauspielern, welche jetzt die deutsche Bühne zählt, mit ihren Familien jährlich bei mindestens zweimaligem Engagement kreuz und quer durch Deutschland getrieben und verschachert werden. Man kennt das Unwesen der Theateragenturen zu wenig, man hat kaum eine Ahnung von den Blutsäugern, die viele dieser Slavenhändler an dem weichen Menschenfleisch der „Künstler“ verüben. Niemand hat eine Statistik der Bankrotte der Theaterdirektoren aufgestellt. Erfahrende Summen von zerstörtem Menschenglück würde diese Statistik liefern. Die Forderung, daß nur finanziell wohlgestützte Direktoren eine Theaterconcession erhalten und vielleicht eine Ration legen sollen, ist schon als Sicherungsmaßregel gegen die Belastung des kommunalen Armenwesens berechtigt. Wir freuen uns, daß der Reichstag sich nicht durch die liberalen Manöver hat abhalten lassen, die Revision der Gewerbeordnung zu beginnen. Mögen die Konfervativen die Erwartungen der Handwerker nicht täuschen, sondern ihre auf Wiederbelebung zeitgemäßer Innungen gerichteten Bestrebungen unentwegt fortführen! Beim Gewerbeleben ist die soziale

Reform am wirksamsten zu beginnen. Die Gewerbeordnungsanträge müssen noch auf diesem Reichstage zur Erledigung kommen. Sonst zeigt sich der deutsche Handwerker, welcher sieht, daß man die Innungskräfte unter den Tisch wirft und nur für das Theater etwas thut: es war nur eine Komödie!

Die Verlängerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages ist im Reichstage verhältnismäßig rasch erfolgt. Österreich will nach wie vor sein Vieh, Holz und Getreide billig nach Deutschland bringen, wir ebenso unsere Wollwaren nach Österreich. Alles giebt nach — diese Unvereinbarkeit der Standpunkte führt zu dem Notbehelf der fortwährenden Provisorien. Jedermann besitzt jetzt Deutschland in seinen Schuhjollen, wie der sächsische Abgeordnete Brügel darlegte, bessere Mittel als früher, um vom Ausland billige Concessions einzuhandeln. Schade nur, daß der Handelsvertrag mit Österreich abermals die verhinderte Meistbegünstigungsklausur enthält! Es ist doch ein toller Widerspruch, daß Deutschland, wenn z. B. Österreich eine Erhebung des Zolls auf Ungarweine zugestellt, um von ihm dafür eine Zollbegünstigung unserer Wollwaren einzutauschen, trotz dieser Meistbegünstigungsklausur verpflichtet ist, sofort auch Frankreich gegenüber den Zoll auf Brotz- und Bierzucker herabzusetzen, ohne daß uns Frankreich dafür etwas leistet! Leider hat Deutschland im Frankfurter Frieden 1871 Frankreich diese Meistbegünstigungsklausur in den Schoß geworfen. Hätten wir den Franzosen etwas an den Bildern erlassen und dafür keinen Handelsvertrag abgeschlossen, bei dem aller Vortheil auf Seite der Franzosen, aller Nachteil auf unserer Seite war, so hätte unsere Industrie diese Zollsumme längst hereingeholt. Frankreich aber hat natürlich keine Lust, auf jene Klausur zu verzichten.

Von der auswärtigen Politik ist in Kürze Folgendes zu sagen: Die Türkei ist durch den englischen Ministerwechsel eng in Trab gebracht worden. Da Gladstone einmal ausgesprochen hat, daß Europa mit dem „unaufdringlichen Türken“ nichts Vermüntigeres thun könne, als ihn über den Hellespont nach Asien zu jagen, so hoffen die Türken, ihre Außenpolitik in Europa dadurch kundzuhalten, daß sie Reformen einführen. Zum so und sovielten Male wird dem Sultan ein „Reformprojekt“ unterbreitet. Es ist einmal Hamburg. Man will sogar das sächsische Parlament wieder einberufen. Mittlerweile zieht sich auf der Balkanhalbinsel ein drohendes Unwetter zusammen. Sämtliche Bewohner Albaniens, sowohl Christen wie Muslime, widerstehen sich ehmüthig dem vom Berliner Kongress beschlossenen Gebietsabtretungen an Montenegro. Die der Religion wie den inneren Streitungen nach so grundverschiedenen Stämme, wie es die Hoti, die Kastrati, Schekeli, Alemani, Pulati, Mirditae und Geghen seit unendlichen Zeiten sind, haben sich in Folge der aus dem Berliner Vertrag gegen sie herauftreibenden Gefahr in dem einen Punkte zusammengefunden: daß albanische Land vor der Zerstörung und die albanische Nationalität vor dem politischen Untergang zu retten. Das ganze Land steht in Waffen gegen den Nationalfeind, sein Führer ist der von Christen und Muslimmännern gleich hochverehrte Ali Pacha.

Aus Rückland ist zu melden, daß man sich dort ernstlich auf den Krieg gegen China vorbereitet und bald über Kopf Truppen nach Siberien schickt; aus England: daß das Parlament die Frage zu entscheiden hat, ob ein Gottesseugnis vor der Leistung des Eides zu entbinden ist; aus Frankreich: daß die Kammer mit 362 gegen 136 St. die Ausführung der Märtgezege gegen die Jesuiten gutheis-

### Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Berlin, 4. Mai. Reichstag. Zur republikanischen Handelsklausur spricht Delbrück deswegen der Reichstag, daß die Zollgrenze auf der Höhe in der Altmark nicht festgestellt ist und, je nachdem wie sie gezogen wird, zu Strafungen der Schiffahrt Anlaß geben kann. Minister Hößmann erwidert, daß heute schon statthaftlich Zollgrenzen auf der Höhe der Schanze und oberhalb Hamburg bestanden, von denen ab die Zollstätigkeit einztritt, wenn gleich die Errichtung des Zolls dann einztritt, wenn die Waaren an' Land kommen. Die Verlegung der Zollgrenze oberhalb Hamburg würde keine Schwierigkeit bereiten. Der Gegner wird an eine nach Schluss der Plenarsitzung zusammenzutreffende Commission vertrauen. Zum deutsch-deutschlandischen Handelsvertrag bemerkt Bundesdeutschlands Botschafter v. Philippson, daß es sich nur um eine Verlängerung des bestehenden Vertrages bis Ende Juni 1881 handle. Der Vertrag wird genehmigt. Horn berichtet über die Nebenkosten der Reichs-Zollabfertigung und Entnahmen im Kataster 1878/79. v. Wülfingrade fordert, daß das Reich der Finanzreform über die drohenden finanziellen Schwierigkeiten hinweggehe. Richter-Hagen entgegnet, es habe sich nur um ein Deficit von wenigen Millionen gehandelt, gegenüber einem Total von 500 Millionen nicht in's Gewicht fallend. Wenn die Rechte so sparsam genossen wäre, wie die Linke, dann hätten wir jetzt Überdrüfung. Er erkennt, daß v. Wülfingrade wahrscheinlich gewesen wäre, um gegen die Sammel-Verträge zu stimmen. v. Wülfingrade: Ein Deficit von 6 Millionen ist immer ein Deficit. Es folgte die dritte Verhandlung des Sozialisten-gezesses. Liebknecht: Die Attentate seien schamlos und gegen die Sozialdemokratie abgewandzt worden; heute sei erneut, daß Hößel und Pöhlung kein Sozialdemokrat gewesen. Eilenburg vertritt gegen den Antrag v. Wülfingrade, der auch abgelehnt wird, worauf das Sozialdemokratische mit 191 gegen 94 Stimmen angenommen wird. (Die Fortschrittspartei, Völker, ein Theil des Centrums und die Sozialisten stimmen dagegen; die anwesenden ländlichen Abgeordneten, ausgenommen die Sozialisten, dagegen.)

Berlin, 4. Mai. Die Stempelsteuer-Kommission lehnt gegen 1 Stimme die Cultursteuerverordnung ab. — Es ist angeblich die Absicht der preußischen Regierung, Gesellschaften und Vereinigungen in das Reichsgebiet einzuschleppen. Väster und Döbeln forderten einen Antrag gegen den Eintritt der Vorstadt St. Pauli ohne Zustimmung Hamburgs vor. Heute ergingen zahlreiche Einladungen an das Parlament zu einer Sitzung beim Fürsten Bismarck. — Der „Wörter-Kourier“ meldet: Die Ausstellungen in Petersburg hätten auch englische und französische Unterthanen wichtiger Konfession betroffen. Die Blaue Regel geht von Wohl Welffoss aus.

Hamburg, 4. April. Das Gericht erhält sich, daß bei Brunnlaufen eine Sitzung der Elbe einzutreten soll, so daß dort jedes Schiff einen Meldepollbeamten an den Hamburger Hafen bekommt und umsetzt.

Österreich. Das belgische Adelsgesetz kommt mit der kleinen Stepante am 10. Juni nach Brüssel und findet große Empfangsfeierlichkeiten vorbereitet. — Martin Gray, der Signator der ehemaligen belgisch-holsteinischen Angeklagten, ist in der Internierung Pfötz in Niederoesterreich von anderen Zeiten mit einer Scheuerbörse erschlagen worden.

### Vocales und Säckel.

— Der Herr Geheimer Hofrat v. Hartig, der Verwaltungsrat Sr. Mai des Königs und liebenfürstliche Vertreter der königl. Hoftheaterintendant im fal. Bauamtsministerium, bat für den Monat Mai zur Kur nach Carlsbad beigegeben, daß er bereits mehrere mit gutem Erfolg gebraucht hat.

— Der österreichische Botschafter von Meran, Herr Klop, wird in den Staatsdienst treten und zwar, wie es heißt, als Beamter in einer Amtshauptmannschaft.

— Bestimmt wird vertheidigt, daß der erste Matz bei der fal. Polizeidirektion, Herr Matz v. Wose, in Aufzug auf einen anderen Posten im Staatsdienst versetzt werden wird.

— Der zeitliche bislang bestehende Polizeidirektor Rathaus ist zum Oberzollinspektor und Vorstand des Hauptzollamts Annaberg ernannt worden.

— Pfingsten, das herrliche Frühlingsfest, hat uns in diesem Jahre der Kalender sehr fehl angelegt, aber die Natur bedankt sich damit nicht im Widerprech: im vollen Frühlingsblühende Alpinus sie, wie selten um diese Zeit. Da mag denn gewiß schon jede manch grütere und kleinere Pfingstparade, namentlich nach unferer vielbesuchten Alpen, geplant werden und bieten die Nachwelt noch zu schenken, daß die Generaldirektion der Staatsbahnen auch in diesem Jahre wieder Pfingst 9. — Erstmalige Verkehren lassen wird, die eine außerordentlich billige Reisegelegenheit bieten werden. So wird am 1. Pfingstmontag früh 6 Uhr ein Extrazug von Görlitz nach hier abgehen, zu welchem 4 Uhr 35 Min. Vorm. von Reichenberg und 5 Uhr 30 Min. Vorm. von Aittau aus ein Anschlußzug verkehrt. In umgekehrter Richtung wird ein Extrazug am Pfingstmontag 11 Uhr 45 Min. Abends von hier nach Görlitz und bez. Jitschin gefahren. Die Billets zu diesen Zügen kosten, daß die Rückfahrt bereit ist am 1. Feiertag oder am 2. Feiertag mit dem Extrazug angerechnet wird, von Görlitz wie von Aittau ab nur 3 Mark in 3. Klasse; eben eingetreten sei und sich natürlich habe mäßigen Billig, gäbe bis zum Freitag nach Pfingsten, kosten in Görlitz eben unentwegt fortsetzen! Beim Gewerbeleben ist die soziale

Ed. Hirschfeld's  
Reitbahn und Tattersall  
und Pensionsstallungen  
2 Struvestrasse 2.

Annahme von Pensionspferden.

legt

er.

</